

EWK - Zur Lage

Stand 24. Juli 2024



Hart am Ereignishorizont

Schwarze Löcher, so glauben die Physiker und Astronomen, verschlingen alles was in ihre Nähe kommt so vollständig, als wäre da nie etwas gewesen. Die Grenze, die dabei irreversibel überschritten wird, nennt man den „[Ereignishorizont](#)“.

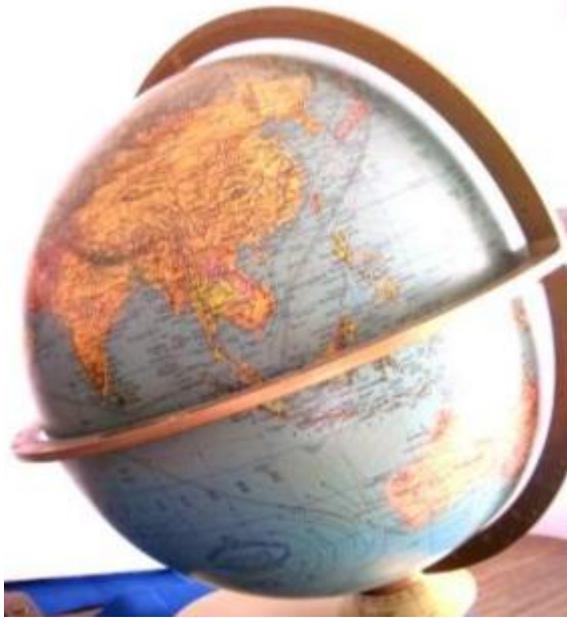
Joe Biden ist schon halb hinter dem Ereignishorizont verschwunden. Selenski steuert stracks darauf zu.

Compact scheint nur vom Schwarzen Loch verschlungen, wird aber womöglich diesen Platz schon bald mit Nancy Faeser tauschen.

Die Unverwundbarkeit von Tel Aviv ist Vergangenheit, denn den Huthis ist es gelungen, eine für das israelische Radar unsichtbare Drohne über eine Distanz von 2.000 Kilometern ins Ziel zu bringen.

Donald Trump ist – im wahrsten Sinne des Wortes – haarscharf noch einmal davongekommen, doch bis zum 5. November kann noch viel geschehen.

Dies alles wird auf den folgenden Seiten eine Rolle spielen.



Welt

USA

Der westliche Hegemon schwimmt, an Wrackteile geklammert, auf einer Woge von Problemen ziellos dahin.

Die Ziellosigkeit ist die Folge der Führungslosigkeit, die nicht erst seit Bidens Rücktritt von der Präsidentschaftskandidatur besteht, sondern bereits mit seinem Amtsantritt begonnen hat.

Auch wenn die Theorien über Führungsverhalten und Führungsprinzipien längst wild ins Kraut geschossen sind, was sich an der Unzahl der Bücher über so genannte „Management by“ Methoden und Systeme ablesen lässt, ein Prinzip steht für mich unerschütterlich an erster Stelle:

Es darf immer nur einen verantwortlichen Chef geben.

In funktionierenden Organisationen wird dieses Prinzip gewahrt. Dass es mit diesem Prinzip auch dazu kommen kann, dass ein inkompetenter Chef die Verantwortung trägt, ist natürlich nicht ausgeschlossen. Nur, die Zahl jener Organisationen, die sich tatsächlich eines gleichberechtigten Gremiums in der Chefetage bedienen und ohne echten Chef langfristig erfolgreich bleiben, ist doch sehr überschaubar.

Wo sich mehrere „Chefs“ hinter einer kaum handlungsfähigen Marionette verstecken und jeweils ihr eigenes Süppchen kochen, ohne dass einer davon stark genug wäre, ein übergeordnetes Ziel zu formulieren und den

Weg dahin abzustecken, sind suboptimale Ergebnisse die zwangsläufige Folge.

Die USA haben in den letzten vier Jahren deutlich an Macht und Einfluss verloren. Alleine der fluchtartige Rückzug der USA aus Afghanistan, den der republikanische Kongressabgeordnete Michael McCaul als die bedingungslose Kapitulation der USA vor den Taliban bezeichnete, während Donald Trump meinte, Bidens vermasselter Afghanistan-Abzug sei der erstaunlichste Ausdruck an Inkompetenz, den er je gesehen habe, würde auseichen, um den Machtverlust der USA zu beweisen.

Doch da war noch vieles mehr.

Nicht nur, dass sich in der Ukraine ein vergleichbares Debakel ankündigt, während es den Huthis – den Huthis! – gelungen ist, sich zum Torwächter der Schifffahrt am Roten Meer zu machen, auch die zwiespältigen Ansätze der Einwanderungspolitik, der Energiepolitik, die Schädigung der europäischen Verbündeten durch das Sanktionsregime gegen Russland und China, lassen kaum Zweifel daran aufkommen, dass die USA aufgrund einer eklatanten Führungsschwäche keinen Masterplan zur Optimierung des Gesamtnutzens mehr verfolgen, sondern sich in – für sich betrachtet vielleicht sogar sinnvollen Einzelplänen – bereits heillos verzettelt und behindert haben.

Es ist die Schar der egoistischen Multimilliardäre, die sich längst nicht mehr einem Nationalstaat verpflichtet fühlen, sondern Staaten nur noch als Schachfiguren betrachten, bestenfalls noch als Standort, die sie nach Belieben gegeneinander in Stellung bringen, um daraus eigenen Nutzen zu schlagen, wobei ein nationaler Masterplan, wie man ihn von einem Präsidenten erwarten sollte, nur den eigenen Interessen im Wege stehen würde.

Nun haben sie schweren Herzens Biden aus dem Rennen um die Präsidentschaft herausgenommen. Nicht, weil die USA unter seiner Führung an Macht und Einfluss verloren haben, sondern weil Biden diese Wahl in einem Maße verloren hätte, die mit den üblichen Methoden nicht mehr in einen Sieg hätte „umgezählt“ werden können.

Dies ist aber nur Teil eins zur Wahrung ihrer Interessen.

Teil zwei zielt auf Donald Trump.

Ich habe schon einmal erwähnt, dass ich davon ausgegangen bin, dass erst Trump aus dem Rennen sein muss, um einen Nachfolger für Biden ins

Rennen zu schicken, weil niemand sonst aus den Reihen der Demokraten eine echte Chance hätte, die Wahl gegen Trump zu gewinnen.

Nun sieht es so aus, dass das missglückte Attentat auf Trump, dessen Gelingen es möglich gemacht hätte, Biden auszutauschen, den Zeitdruck stark erhöht hat. Biden musste jetzt weg. Ein Nachfolger muss schleunigst ausgerufen werden, um nicht ganz ohne Kandidat oder nur mit Kamala Harris dazustehen, die auch keinen Blumentopf gewinnen würde.

Höchst verwunderlich erscheint es daher, dass Kamala Harris, von der man seit vier Jahren, als Biden sie als „Vize“ angeschleppt hat, praktisch nichts mehr gehört hat, seit Bidens Verzicht schon zur nächsten US-Präsidentin hochgejazzt wird. Zumindest in den BRD-Medien. Haben die US-Demokraten wirklich niemanden sonst für diesen Job anzubieten? Fürchtet man, dass jeder andere Kandidat noch unbekannter und daher noch aussichtsloser wäre? Oder hat man sie schon vor vier Jahren ausgewählt, weil sie ähnlich pflegeleicht und lenkbar erschien wie Biden?

Elon Musk, Vertreter einer speziellen Art von Multimilliardären, hat sich über die Äußerung des Soros-Sprößlings Alex,

es sei an der Zeit, dass wir uns alle um Kamala Harris scharen und Donald Trump besiegen, denn sie sei die beste und qualifizierteste Kandidatin, die wir haben,

lustig gemacht, mit der Ansage:

"Ich möchte Alexander Soros dafür danken, dass er alle nicht im Ungewissen darüber gelassen hat, wer die nächste Marionette sein würde."

[\(mehr dazu\)](#)

Trotz des weißen Rauchs aus dem Nominierungshinterzimmer: Wenn die Democrats eine Chance haben wollen, dann muss Trump auch noch weg. Jetzt erst recht. Denn so, wie er - wie Harry Potter - als „der Junge, der überlebt hat“ jetzt dasteht, wäre ihm der Sieg sicher.

Ich habe 2016 die Wahlnacht vor dem Fernseher verbracht. Ich habe tiefsitzende Erinnerungen an das Entsetzen, das sich breit machte, als klar war, der nächste US-Präsident werde Donald Trump heißen. Ich habe klare Erinnerungen an den fortwährenden Versuch, Trump während seiner Amtszeit zu diskreditieren, ihn fertig zu machen, möglichst zu stürzen, um

zu erkennen, welche Katastrophe Trump für die Schar der egoistischen Multimilliardäre gewesen sein muss. Eine Katastrophe, die sich unter keinen Umständen wiederholen darf.

Doch das Pulver ist verschossen. Die Serie von Prozessen gegen Trump, mit denen sie die potentiellen Trump Wähler mürbe machen wollten, fällt gerade in sich zusammen. Das oberste Gericht hat dem Präsidenten der USA grundsätzlich eine nahezu uneingeschränkte Immunität bescheinigt. Damit ist Trump nun nicht mehr zu Fall zu bringen.

Also wird Lord Voldemort die Zeit bis zum 5. November nutzen, um Harry Potter endgültig zu erledigen. Weil es sich allerdings nicht um einen Roman, sondern um die Wirklichkeit handelt, ist mit einem Happy End eher nicht zu rechnen.

Meine Prognose aus der Lage vom Januar 2024: „Der nächste US-Präsident wird weder Biden noch Trump heißen“, hat sich zur Hälfte bereits bestätigt. Ich fürchte, und ich fürchte es wirklich, dass sich die zweite Hälfte auch noch erfüllen wird.

Sie können gar nicht mehr anders.

Sollte dann ein anderer Republikaner gewinnen, so wäre es doch einer aus der Familie, in der man, soweit es möglich ist, Rücksicht aufeinander nimmt, also keine Katastrophe, wie Trump, der nie dazu gehört hat und auch nie dazugehören darf.

Israel

Die Schätzungen über die Zahl der getöteten Palästinenser reichen inzwischen an die 200.000 heran. Ein fürchterliches Massaker.

Doch auch dies war absehbar. In meinem Tageskommentar vom 17. April 2024 habe ich erklärt:

Israel kann überhaupt nicht mehr zurück.

Der Status vom 6. Oktober 23 ist nicht mehr herstellbar. Ein Zustand, in dem gegenüber der „Vorkriegszeit“ so weitreichende Zugeständ-

nisse an die Palästinenser gemacht würden, dass diese das Kriegsbeil endgültig begraben, ist erst recht nicht zu erreichen, denn das hieße, die Palästinenser zum Sieger der Auseinandersetzung auszurufen, was die Verhältnisse vollkommen auf den Kopf stellen würde. Ein Zustand weiterer Demütigung und Einhegung der Palästinenser, den diese um des Friedens willen akzeptieren, ist auch nicht vorstellbar, empfanden sie ihre Rolle doch ohnehin schon unerträglich. Mag sein, dass sie sich in eine solche Rolle begeben müssen, weil die Kräfteverhältnisse nichts anderes zulassen, doch ihr Verlangen nach Rache würde dadurch nur verstärkt und auf einen neuerlichen Ausbruch oder eine nicht enden wollende Terrorserie hinauslaufen.

Es ist kalte, strategische Logik, dass Israel die permanente Bedrohung durch die Palästinenser nur beenden kann, wenn es Palästinenser im Gaza-Streifen und in der Westbank nicht mehr gibt, und nach meiner Einschätzung ist Israel gewillt, dieser Logik folgend zu handeln und erst die militärischen Ressourcen der Palästinenser zu zerstören, ihre Kämpfer zu töten, und dann die Kinder und die Alten zum Wegzug aus den Palästinensergebieten zu bewegen. Letzteres muss nicht kurzfristig und quasi „auf einen Schlag“ in Form einer völkerrechtswidrigen Vertreibung geschehen, sondern wird sich – unumkehrbar – über Jahre hinziehen, in denen die Jungen sich nach und nach absetzen und die Alten allmählich aussterben.

Dass Israel UN-Resolutionen ignoriert, ist nichts Neues. Dass Israel auf Wünsche der USA nicht reagiert, kommt schon etwas seltener vor. So ist es nicht verwunderlich, dass den dringenden Aufforderungen, den Krieg zu beenden, mehr humanitäre Hilfe zu ermöglichen und Zivilisten zu schonen allenfalls in Andeutungen nachgekommen wird.

Selbst die [Drohung der USA](#), Waffenlieferungen zurückzuhalten, um den von Israel angekündigten Angriff auf Rafah zu stoppen, hat nichts bewirkt.

Wer Moby Dick gelesen, oder den Film gesehen hat, weiß, was ich meine, wenn ich sage: „Netanjahu erscheint mir immer mehr als Wiedergänger des Kapitäns Ahab.“

In der Lage vom Mai 2024 habe ich noch Folgendes prognostiziert:

Meine vorsichtige Prognose: Bis etwa September 2024 wird es im Konflikt Iran-Israel keine schwerwiegenden militärischen Auseinandersetzungen geben. Die Angriffe der Hisbollah auf den Norden Israels und die Seeblockade der Huthis werden zur Unterstützung der Hamas jedoch fortgesetzt.

Dass Israel nach dem jüngst ergangenen [Urteil des Internationalen Gerichtshofs](#) seine Säuberung im Gaza-Streifen abbrechen wird, ist ebenfalls nicht zu erwarten.

Nun, hier muss ich mich nun korrigieren. Die Anzeichen, dass eine Ausweitung des Kriegs und die direkte Konfrontation mit dem Iran näher rücken, mehren sich.

Der Joker in diesem Spiel sind die Huthis, denen auch ich über lange Zeit keine besondere Aufmerksamkeit geschenkt habe: Bürgerkriegspartei im Jemen halt, aber doch keine Macht, die darüber hinaus wirksam werden könnte.

Der erste Donnerschlag war das Durchbrechen der israelischen Luftverteidigung durch den Iran, der mit einem großen Schwarm von Drohnen und Raketen angegriffen hat, von denen einige ihre Ziele erreichten, weil die Verteidigungssysteme – trotz der vorherigen Ankündigung des Angriffs und der militärischen Unterstützung Israels durch die USA, Frankreich, Großbritannien und Jordanien überlastet wurden.

Nun haben die Huthis den zweiten Donnerschlag gesetzt, indem sie eine Drohne über eine Flugstrecke von 2.000 Kilometern nach Tel Aviv brachten und dort eine schwere Explosion auslösten.

Den Gegenschlag der Israelis mit einem recht großen Verband modernster Kampfflugzeuge auf die Hafenanlagen von Hodeida ([Video](#)), legt nahe, dass Israel den Fehdehandschuh aufgenommen hat. Dass der Hafen von Hodeida angegriffen wurde, war m.E. mehr ein Signal an den Iran als an die Huthis, denn es erscheint sicher, dass der Großteil der Waffen, die der Iran den Huthis zur Verfügung stellt, bisher über diesen Hafen angelandet wurden.

Ob die von der israelischen Luftwaffe angerichteten Zerstörungen ausreichen, um weitere Waffenlieferungen zu behindern, kann ich nicht einschätzen, vermute allerdings, dass notdürftige Reparaturen ausreichen werden, um den Hafen, wenn auch mit weniger Komfort, weiter nutzen zu können, während der israelische Hafen Eilat im Golf von Akaba wegen der Angriffe der Huthis auf „israelfreundliche“ Schiffe im Roten Meer praktisch stillgelegt ist.

Lage „Eilat“ sh. Karte



Die aktuellen Ereignisse werden allerdings noch schwieriger zu deuten, wenn man den Hintergrund des jemenitischen Bürgerkriegs und die seit 2015 laufende Militärintervention Saudi Arabiens gegen die Huthi-Rebellen mit in Betracht zieht. Dann nämlich entpuppt sich der Konflikt als ein klassischer Stellvertreterkrieg zwischen Saudi Arabien und dem Iran.

Ein Krieg, den Saudi Arabien, trotz seiner kraftstrotzenden, mit US-Waffen ausgerüsteten Armee und der direkten Landgrenze zum Jemen bisher nicht für sich entscheiden konnte, während die Huthis parallel dazu noch einen (vom Ergebnis her erfolgreichen) Krieg gegen die Seemacht USA im Roten Meer führen und Israel mit Drohnen angreifen.

Hätte sich die noch von Donald Trump in die Wege geleitete [Annäherung](#) zwischen Israel und Saudi Arabien ungestört weiterentwickeln können, sähe es heute so aus, das beide in den Huthis den gleichen Gegner haben.

Israels Krieg im Gaza-Streifen hat hier jedoch eine Zäsur mit sich gebracht. Der saudische Kronprinz Mohammed bin Salman stellt sich eindeutig auf die Seite der Palästinenser und fordert: „Die israelische Aggression in Gaza sofort zu beenden - und eine umfassende und gerechte Lösung der Palästinenserfrage, um das Recht des palästinensischen Volkes auf einen unabhängigen Staat zu garantieren.“

Hier bilden sich die ersten Ansätze einer

Achse „Saudi Arabien – Huthis – Iran“

ab, die sich möglicherweise als stabiler erweisen wird als die Vereinbarungen der Abraham Accords Declaration von 2015, mit der die Animositäten zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn abgebaut werden sollten.

Dass weite Teile der israelischen Bevölkerung nicht aufhören wollen, gegen Netanjahus Krieg zu protestieren, mag nicht alleine der Sorge um die noch in Händen der Hamas befindlichen Geiseln geschuldet sein, wie unsere Medien nicht müde werden zu berichten. Die Sorge um die neuerliche, fortschreitende Isolation in der Region wird m.E. ebenfalls eine nicht unerhebliche Rolle spielen, zumal Israel an der Grenze zum Libanon von der Hisbollah massiv herausgefordert wird (zehntausende Bewohner in Grenznähe mussten dauerhaft evakuiert werden), ohne dem wirksam Einhalt gebieten zu können. Der jüngste erfolgreiche Drohnenangriff der Huthis auf Tel Aviv wird dabei m.E. die Zweifel an der Sinnhaftigkeit der Militäraktionen im Gaza-Streifen eher noch verstärken.

Ein Alarmsignal für alle Israelis dürfte auch damit gesetzt worden sein, dass die bis dahin vom Staat – wie die heiligen Kühe in Indien – geschützten ultraorthodoxen Juden neuerdings (ungeheuerlich!) zum [Wehrdienst](#) einberufen werden.

Sollte dazu nicht bald eine neuerliche Ausnahmeregelung gefunden werden, könnte Netanjahus Koalition alleine an dieser Frage zerbrechen.

Alles in allem: Es sieht gar nicht gut aus in Israel. Der Sieg über die Hamas, die bald bis zum letzten Kämpfer ausgerottet sein wird, könnte sich durchaus als ein Pyrrhus-Sieg herausstellen, weil stärkere Gegner als die Hamas mit weitreichenden Waffen eingreifen und ganz Israel in ein Trümmerfeld verwandeln könnten.

Es sieht wirklich nicht gut aus für Israel.

Ob die USA da mit Flugzeugträgerverbänden zur Hilfe eilen werden, ist fraglich. Wer bietet den hyperschallschnellen, nicht abwehrbaren Anti-Schiffsraketen, über die der Iran zweifellos verfügt, schon freiwillig seine kostbaren maritimen Schätzchen zur Versenkung an?

Hieß es nicht aus Moskau neulich, im Gegenzug für die westlichen Waffenlieferungen an die Ukraine, werde man Gegner des Westens nun ebenfalls mit Waffen versorgen, selbstverständlich ohne dabei selbst zur Kriegspartei zu werden? Also ganz im Rahmen der regelbasierten Ordnung der USA ...

Aus dem Roten Meer hat sich die US Navy aus eben diesem Grund bereits mit eingezogenem Schwanz zurückgezogen. Der Flugzeugträger „Gerald R. Ford“ wurde schon im Januar abgezogen, und auch der Trägerverband um die „[Eisenhower](#)“ hat die Region Ende Juni verlassen, weil, wie US-Beamte erklärten, die „Eisenhower“ ihren Auftrag in der Region nicht erfüllen konnte und von den jemenitischen Streitkräften (es waren wohl eher die Huthis) angegriffen wurde.

Als Ersatz wurde die „Theodore Roosevelt“ in das Operationsgebiet entsandt. Wo zwischen Persischem Golf und Indischen Ozean sie sich da versteckt hat, konnte ich nicht herausfinden. Da hilft auch die „Vesselfinder-App“ nicht weiter.

Ukraine

Obwohl die Ukraine geografisch zu Europa gehört, muss den Geschehnissen dort „Weltrang“ eingeräumt werden. Daher ist sie heute im Abschnitt „WELT“ dieses Dossiers zu finden.

Selbst wer sich nur aus den deutschen Mainstream-Medien informiert, sollte inzwischen Indizien dafür entdeckt haben, dass die Ukraine diesen Krieg nicht gewinnen kann, sondern mit jedem Tag, den der Krieg länger andauert, ein Stück weit weiter schrumpfen wird.

Es genügt ein Blick in den Entwurf des Bundeshaushalts für 2025, um festzustellen, dass die Ukraine-Hilfen von acht auf vier Milliarden Euro zusammengestrichen wurden.

Christian Lindner meint dazu, die „europäischen Instrumente“ und die „G7-Kredite“ würden die Finanzierung der Ukraine auf absehbare Zeit (Wie lange ist das?) sichern. Auch der Verteidigungshaushalt des Herrn Pistorius darf nicht um 6,7 Milliarden wachsen, sondern nur um 1,3 Milliarden, wobei der Etat für die Nachbeschaffung von Munition glatt halbiert wurde.

Außerdem ist von einer Gegenoffensive kaum mehr die Rede, stattdessen wird inzwischen über das langsame, aber stetige Vorrücken der russischen Streitkräfte im gesamten Frontverlauf berichtet.

Am 21. Juli hieß es in der Tagesschau, Vitali Klitschko, Ex-Boxer und Bürgermeister Kiews, habe Selenski geraten, nicht alleine über mögliche Gebietsabtretungen an Moskau zu entscheiden.

Holla! So ganz und gar selbstverständlich stehen nun Gebietsabtretungen an Russland auf der Agenda. Was sagt da Annalena Baerbock dazu, die jeden Quadratzentimeter der Ukraine verteidigen will, solange es nötig ist?

Das sind Töne, die man noch vor wenigen Wochen nicht gehört hat, obwohl aufmerksame Beobachter der Lage in der Ukraine schon lange wissen, dass es dazu kommen wird, sollte nicht vorher der Dritte Weltkrieg mit Atomwaffen ausgelöst werden.

Doch zurück zu Klitschkos Rat an Selenski, der ja noch eine Fortsetzung hat, nämlich die, das Selenski Volksabstimmungen über abzutretende Gebiete durchführen solle.

In meinen Augen ein schwer vergifteter Rat, denn die Ukraine hat, wenn es um Friedensverhandlungen geht, eigentlich schon keine einzige Karte mehr übrig, die sie noch ausspielen könnte. Selenski wird daher nichts durchsetzen können, woran er als Ergebnis einer Volksabstimmung gebunden wäre. Fraglich ist noch dazu, ob die Russen Selenski, dessen Amtszeit abgelaufen ist, überhaupt noch als legitimen Vertreter der Interessen der Ukraine anerkennen werden.

Klitschko mag sich davon gewisse Chancen versprechen, selbst Präsident der Ukraine, bzw. dessen, was dann noch so heißen wird, zu werden. Aber auch das halte für ziemlich ausgeschlossen.

Dass der Wertewesten noch austesten will, ob seine F16 Flugzeuge im Kampf gegen die modernen russischen Modelle bestehen, und falls nicht, warum nicht, ist nicht auszuschließen. Es ist auch nicht auszuschließen, dass mit den im Hau-Ruck-Verfahren ausgebildeten ukrainischen Piloten

auch erfahrene F16-Piloten aus NATO-Ländern aufsteigen werden, um zuletzt die zuverlässige Funktion des Schleudersitzes zu testen.

Danach aber wird der Krieg zu Ende sein.

Alleine schon, weil der immer noch sein Amt auszufüllen versuchende US Präsident Biden keine wichtigen Entscheidungen mehr treffen wird. Die Entscheidungen werden in der NATO getroffen, aber auch nicht vom Sekretär, der sich militärisch Generalsekretär nennen lässt, sondern von den Militärs, die wissen, das nichts mehr zu retten ist, und die zudem wissen, wie die weiteren Vorstellungen von Selenski, Putin und Xi aussehen, weil Victor Orban dies auf seiner überraschenden Weltreise ausgelotet hat.

Meine Einschätzung dazu heute: Bis spätestens zum russisch-orthodoxen Weihnachtsfest (7. Januar 2025) werden die Waffen in der Ukraine schweigen.

Indien

Das Gründungsmitglied der BRICS-Vereinigung verärgert den „Wertewesten mit seiner regelbasierten Ordnung“ immer wieder völlig ungeniert. Alle Versuche, Indien in eine stärkere Westbindung zu locken, fruchten nicht im erwünschten Maße. Indiens Premier Modi fährt da einen sehr pragmatischen Kurs, nimmt „Präsente“ des Westens dankend entgegen, setzt sich aber lieber mit Putin und Xi zu konspirativen Gesprächen zusammen als sich – zum Beispiel von [Annalena Baerbock](#) – von westlichen Abgesandten belehren zu lassen.

Ich zitiere hier kurz aus [Globalresearch](#) wichtige Aussagen von Modi und Putin vom Besuch Modis in Moskau am 9. Juli:

Modi sagte am 9. Juli auch zu Putin,

"Als Freund habe ich immer gesagt, dass Frieden für das Wohlergehen künftiger Generationen notwendig ist, aber ich weiß auch, dass auf dem Schlachtfeld zwischen Gewehren, Bomben und Kugeln keine einfachen Lösungen zu finden sind. Wir müssen einen Weg zum Frieden durch Dialog einschlagen.

Er fügte hinzu:

"Indien ist bereit, Sie auf jede erdenkliche Weise zu unterstützen, um Frieden zu erreichen. Ich versichere Ihnen und der Welt, dass wir für den Frieden sind, und nachdem ich gestern mit meinem Freund Putin gesprochen habe, habe ich Hoffnung".

Daraufhin sagte Putin,

"Ich bin Ihnen dankbar für die Aufmerksamkeit, die Sie den dringendsten Problemen widmen, einschließlich der Suche nach Wegen zur Lösung der Ukraine-Krise."

*Der einzige, der sich über die Friedensdiskussion zwischen Modi und Putin empörte, war der ukrainische **Präsident Wolodymyr Zelenski**, der das Treffen als "Enttäuschung" bezeichnete.*

"Es ist eine große Enttäuschung und ein verheerender Schlag für die Friedensbemühungen, dass der Führer der größten Demokratie der Welt den blutigsten Verbrecher der Welt an einem solchen Tag in Moskau umarmt", sagte Zelensky.

Japan

Die asiatischen Spitzenreiter unter den auf dem Kopf stehenden Alterspyramiden machen sich, wie ihre deutschen demografischen Ebenbilder daran, kriegstüchtig zu werden. 56 Milliarden US-Dollar macht der Rüstungs-
etat im aktuellen Haushaltsjahr aus, 2027 sollen es noch einmal gut 10 Prozent mehr werden.

Wozu?

Nun, Japan ist der Überzeugung, kollektive Selbstverteidigung, nach dem Modell der NATO, sei besser als bloß Selbstverteidigung, wenn es um das Pulverfass Taiwan herum zum Schlagabtausch zwischen China und den USA kommen sollte, und ist wild entschlossen, an der Seite der USA, zwischen denen und Japan rund 8.000 Kilometer Pazifik liegen, gegen seinen asiatischen Nachbarn China anzutreten.

Das alleine ist schon besorgniserregend. Doch Deutschland will bei diesem Waffengang nicht abseits stehen und „schließt sich ökonomisch und militärisch enger mit Japan zusammen“, wie es German Foreign Policy formuliert und dazu ausführliche Informationen liefert. Beachten Sie im [hier verlinkten Artikel](#) besonders das Kapitel „Ein Weltkonflikt“.

Handelskriege

EU - China

Die USA sind mit weiter erhöhten Strafzöllen vorangegangen (sh. Lage Januar 2024), und die EU hat ohne Rücksicht auf Verluste nachgezogen.

E-Mobile aus dem Reich der Mitte kosten einfach viel weniger als E-Mobile aus dem Reich der Kommissionspräsidentin. Deshalb sollen sie, über die schon bestehenden Einfuhrzölle hinaus, noch einmal mit extra Strafzöllen belegt werden, die zwar sowohl schon als auch doch noch nicht gelten, sondern nur rückwirkend ab dem 5. Juli fällig werden sollen, falls mit den Chinesen bis Anfang November keine Einigung erzielt werden sollte.

Ich halte dies nicht für Protektionismus zum Schutz der europäischen Automobilindustrie, sondern für die letzte große Lüge der EU vor ihrem endgültigen wirtschaftlichen Niedergang und Zerfall.

Das will ich gerne erklären.

Seit einigen Jahrzehnten der so genannten Globalisierung haben europäische Importeure preiswert alles in China eingekauft, was dort angeboten wurde. Anfangs waren das billigste, anspruchslose Artikel von minderer Qualität.

Die hat man bei uns in die Läden gestellt und die heimische Produktion nach und nach eingestellt. Diese Niedrigpreisangebote wirkten sich dämpfend auf die Inflation aus, so dass die Löhne der Beschäftigten in der EU niedrig gehalten werden konnten, was sich wiederum günstig auf die Personalkosten unserer Exportindustrie und deren Wettbewerbsfähigkeit auswirkte, das 2-Prozent-Inflationsziel der EZB aber immer wieder in weite Ferne rücken ließ.

Im Laufe der Jahre wurden die Chinesen besser, bauten die Breite ihrer Erzeugnisse aus und steigerten die Qualität.

Es wurde weiter preiswert aus China importiert, es wurden weiter nicht mehr mit den chinesischen Produkten konkurrenzfähige Branchen in der EU abgebaut, was weiterhin die Inflation niedrig, unsere Exportindustrie im Wettbewerb hielt und das 2-Prozent-Ziel der EU unerreichbar machte. Steigende Steuern und Abgaben wegen Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung verringerten den positiven Effekt zwar etwas, aber dank Hartz IV hielten sich die Sozialtransfers in erträglichen Grenzen.

Wir bauten also weiter Automobile und Maschinen mit überaus günstigen Personal- und Stückkosten, dazu das eine oder andere Produkt, für das sich eine Weltmarktnische eröffnet hatte, aber sonst nicht mehr viel.

Pech ist, dass die Chinesen nun genau da angreifen, wo unsere einstige Stärke lag, nämlich im Automobilbau, wozu, vorgelagert, eben auch der Maschinenbau gehört.

Die europäische Automobilindustrie ist aber nicht wegen billigerer chinesischer Exporte im Niedergang, sondern weil ihr die EU und die deutschen Bundesregierungen der letzten Jahre vorsätzlich die Luft aus den Reifen gelassen haben.

Wegen zweifelhaft-lächerlich festgesetzter NOx Grenzwerte, die noch dazu da gemessen wurden, wo sich zwangsläufig höhere Konzentrationen finden lassen (große Ampelkreuzung in der Senke), wurde über die angeblich betrügerische Motorsteuerungssoftware eine Welle von Kosten, Gerichtsverfahren und Strafzahlungen ausgelöst, die die Automobilindustrie niemals belastet hätten, hätte nicht EU-Kommission irgendwann diese Grenzwerte aus der Luft gegriffen und zu EU-Recht erklärt, was erst so genannte Verbraucherschützer in den USA mit Monsterprozessen in bares Geld verwandelten, was dann die DUH ermunterte, es ihnen – mit großem Erfolg – gleichzutun.

Das hat ganz schön an den Rücklagen gezehrt, aber die Unternehmen haben es noch überlebt. Doch die Erfolgssträhne des Dieselmotors war zu Ende, obwohl er bei gleicher Leistung grundsätzlich weniger CO₂ ausstößt als der Benziner. Mit der Hysterie um Klimawandel und CO₂ Einsparung wurden dann wieder neue, noch uneinhaltbarere Grenzwerte gesetzt und als die Industrie zu laut jammerte, hat man ihr mit dem Holzhammer auf den Kopf geschlagen und gleich ein EU-weites Verbrenner-Verbot verkündet.

Also hieß es in den Chefetagen: Umsteigen auf Elektro-Motoren und Batteriespeicher statt Tank. Das ist – im Vergleich zum Verbrenner – eine technisch anspruchslose Technologie, dumm nur, dass alleine wegen des Gewichts der Batterien vollkommen neue Plattformen entwickelt werden mussten und dies aus den sowieso schon geplünderten Rücklagen heraus finanziert werden musste.

Klar, dass man also in alter Gewohnheit mit den großen, schweren Karossen beginnen wollte, bei denen der notwendige Preisaufschlag zur Sanierung der Gewinnsituation nicht so auffällt.

Es ging dann Schlag auf Schlag.

- Die leistungsfähigen Batterien benötigen seltene und teure Grundstoffe. Während der Tank und die Technik um den Tank herum früher weniger als ein Prozent der Fahrzeugkosten ausmachten, muss heute für die Batterie mit 25 bis 30 Prozent der Gestehungskosten des Fahrzeugs gerechnet werden.
- Weil im Prinzip jeder ein E-Mobil bauen kann, aber Deutschland in Bezug auf Elektronik und Programmierung längst ins Hintertreffen geraten war, mussten Entwicklungsleistungen teuer eingekauft werden, die wenigstens halbwegs an die Ausstattung mit Assistenzsystemen und Infotainment heranreichten, die von ausländischen Herstellern quasi als Standard gesetzt worden waren. Dennoch liegen die deutschen Hersteller hier immer noch weit zurück. [Hier ein Beweis.](#)
- Mit dem Wegfall der letzten Quellen sicher verfügbarer, preiswerter Energie, also der Abschaltung der deutschen Atomkraftwerke und der Weigerung, weiterhin Erdgas aus Russland via Pipeline zu beziehen, stiegen im europäischen Kernland der Automobilindustrie die Energiepreise. Auch das macht das Autobauen teurer.
- Hinzu kommt, dass auf Grund der hohen Energiepreise auch die Grundstoffindustrie in Schwierigkeiten geraten ist, was den Stahl für die Karosserie ebenso verteuert hat, wie die Unmenge an Kunststoffen, die in jedem Automobil zu finden ist. Derzeit ist die Grundstoffindustrie dabei, Deutschland zu verlassen, was den Bezug der Erzeugnisse für deutsche Unternehmen nicht nur erschwert, sondern auch verteuert.

Nichts davon trifft auf China zu. Da liegen die seltenen Erden für die Batterien und die Elektronik vor der Haustüre in der Erde, Elektronik und Programmierung kann man in China schon lange, preiswerte Energie steht in Hülle und Fülle zur Verfügung, was auch die Herstellung von Stahl und Kunststoffen preiswerter ermöglicht als in der EU.

Der generelle Vorteil der Chinesen, ihr niedriges Lohnniveau, ist ihnen obendrein bis heute erhalten geblieben.

Nun sollen die Chinesen also gezwungen werden, ihren Gewinn pro ausgeliefertem Fahrzeug so weit zu erhöhen, dass der Preis des Automobils für keinen europäischen Endkunden noch das kaufentscheidende Kriterium sein kann.

Ich komme zu der Auffassung, dass die Chinesen damit leben können, denn wenn die Kaufentscheidung auf Qualität, Ausstattung, Design, Langlebigkeit, etc. verlagert wird, werden sie, wie einst die Japaner, schnell ihren angestrebten Marktanteil erreichen, zumal sie mit den höheren Gewinnen pro Stück auch noch da nachziehen können, wo sie bisher vielleicht noch nicht ganz das deutsch-europäische Niveau erreicht haben.

Gleichzeitig hindert sie niemand daran, niedrigpreisig in allen Märkten außerhalb der EU aufzutreten, wo es keine heimische Automobilindustrie gibt, die geschützt werden müsste, was diese Märkte innerhalb weniger Jahre für die teureren europäischen Modelle vollständig verschließen wird.

Der Knaller zum Schluss:

Jene europäischen Hersteller, die sich erhofft hatten, mit ihren neu gebauten Werken in China der europäischen Kostenfalle entgehen zu können, werden ebenfalls von den Strafzöllen der EU betroffen, was milliarden-schwere Investitionen glatt vernichten wird.

Es ist absehbar, dass die europäische Automobilindustrie weltweit Marktanteile verliert und damit auch die Skaleneffekte aus hohen Stückzahlen pro Modell schrumpfen werden.

Der Punkt, ab dem es sich nicht mehr rentiert, in Deutschland und der EU Automobile zu bauen, ist nicht mehr fern. Ob Tesla Grünheide wieder verlassen wird, ist m.E. nicht die Frage, nur wann. Mit den Autos hat Musk ja lange gar nichts verdient, die Gewinne von Tesla wurden aus der Verwertung von CO₂-Zertifikaten generiert, wofür letztlich auch die Konkurrenz zähneknirschend mit zu zahlen hatte.

Es ist die letzte große Lüge der EU zur Beruhigung der EU-Bürger, die möglichst bis zuletzt nicht ahnen sollen, dass ihre einst blühenden Volkswirtschaften, aus deren Leistung die ganze Bürokratie bezahlt worden ist, mit Wucht an die Wand der weltwirtschaftlichen Realität gefahren werden.



Europa

Es brodelt unter der Oberfläche.

Dabei ist nicht sicher festzustellen, ob dieses „Brodeln“ tatsächlich auf Spannungen und Verwerfungen zurückzuführen ist, die in den Wahlen zum EU-Parlament, zur französischen Nationalversammlung und zum britischen Unterhaus ihren Ausdruck gefunden haben, oder ob das Brodeln nur in der medialen Bewertung dieser demokratischen Rituale stattfindet, während „Politik“ vollkommen ungerührt überall „business as usual“ betreibt.

Ich neige dazu, dass es die Medien sind, die uns ein „Brodeln“ servieren, das es gar nicht gegeben hat.

So hat zum Beispiel die EU Wahlen veranstaltet, aus denen sich eine etwas veränderte Zusammensetzung eines so genannten „Parlaments“ ergeben hat. Konkret hat die Zahl jener Abgeordneten zugenommen, die als wert- oder nationalkonservativ bezeichnet werden können und zum Teil vorgeben, die EU strukturell verändern zu wollen. Sonnenklar ist, dass diese nichts verändern werden, weil das Parlament nicht der Ort ist, an dem tatsächlich Entscheidungen getroffen werden. Dennoch wird uns vorgegaukelt, das Parlament spiele eine wichtige Rolle.

Bestes Beispiel: Ungefähr zwei Tage lang haben uns die Medien erzählt, Ursula von der Leyen sei „wiedergewählt“ worden.

Wenn es Fake-News gibt, dann gehört diese Aussage auf einen der vorderen Ränge. Ursula von der Leyen ist nie zur Kommissionspräsidentin gewählt worden – und schon gar nicht wiedergewählt.

Das Prozedere zur Bestimmung des Kommissionspräsidenten sieht so aus, dass sich einige Schwergewichte unter den Staats- und Regierungschef auf einen Namen einigen und die übrigen Mitglieder des Rates so lange mit Zuckerbrot und Peitsche bearbeiten, bis diese zustimmend schweigen.

Das Parlament hat nicht die geringste Chance, selbst Kandidaten aufzustellen. Das Parlament kann den vom Rat vorgeschlagenen Kandidaten auch nicht wählen. Das Parlament kann dem nur zustimmen. Die Chance, den vom Rat vorgeschlagenen Kandidaten abzulehnen, gibt es auch nicht, denn das Parlament kann immer nur die Zustimmung zur gesamten Kommission verweigern. Dies wiederum kann zur Folge haben, dass einige der von den Einzelstaaten vorgeschlagenen Kommissare eventuell diesen Posten verlieren, und es kann zur Folge haben, dass eine neue Kommission mit dem gleichen Kommissionspräsidenten vorgeschlagen wird, wozu das Parlament wiederum nur insgesamt seine Zustimmung erteilen oder verweigern kann. Das Prinzip heißt: „Friss Vogel, oder stirb!“

Eine Wahl hat das Parlament nicht, und davon zu sprechen, Ursula von der Leyen sei zur Kommissionspräsidentin gewählt worden, damit wird der Begriff „Wahl“ ebenso entwertet, wie das Andenken an die Opfer des Nationalsozialismus beschmutzt wird, wenn das Etikett „Nazi“ inflationär jedem angeheftet wird, der sich mit linksgrünem Gedankengut nicht anfreunden kann.

In Macrons Grande Nation das gleiche Spiel. Neuwahlen. Rechts gewinnt Stimmen dazu, aber der Cordon Sanitaire der sich in Frankreich „demokratisch“ nennenden Parteien hat gehalten.

Der klägliche Rest des Britischen Empire hat Rishi Sunak wunschgemäß aus dem Amt entlassen und damit Labour wieder einmal in die Regierung gehievt. Ich bin da nicht so dicht dran, dass ich mir wirklich ein Urteil erlauben könnte, aber mein Bauch sagt mir, dass auch die Briten Einschnitte in Sozialsysteme und Wohlstandsverluste eher hinnehmen werden, wenn die Notwendigkeit von der Labour-Partei erklärt wird, weshalb sie nun ans Ruder gelassen wurden, um genau diesen Job zu erledigen und dann von ihren enttäuschten Wählern wieder fallengelassen zu werden. Die Blaupause findet sich in der deutschen SPD, die sich von Schröders „Sanierungspolitik“ bis heute nicht wieder erholt und trotzdem noch nicht die Kraft gefunden hat, sich davon vollinhaltlich zu distanzieren. Viel Lärm um nichts. Mehr nicht.

Die vom WEF in Parlamente und Regierungen entsandten Young Global Leader sitzen weiter fest im Sattel. Die Opposition ist zwar zahlenmäßig stärker geworden, bleibt aber [ohne Mehrheit und damit machtlos](#).

Ungarn

Der Ratspräsident, der mit dem Bären tanzt.

Der Sprung in der Schüssel der EU ist jedoch an anderer Stelle wieder ein Stück breiter geworden. Dabei fällt den Konstrukteuren der EU nun das Prinzip des halbjährlichen Wechsels der Ratspräsidentschaft voll auf die Füße.

Ebenso blind für die Fernwirkungen „großartiger“ Entscheidungen wie beim Beschluss, russische Vermögenswerte nicht nur einzufrieren, sondern – vorerst zumindest nur die Zinserträge daraus – der Ukraine zur Verfügung zu stellen, was bereits [Fluchten aus Dollar und Euro](#) zur Folge hat, wird Victor Orban von seinen EU-Kollegen schon wieder gemaßregelt, weil er angeblich eigenmächtig und gegen die Interessen der EU mit Selenski, Putin und Xi gesprochen und das Ergebnis der Gespräche mit der NATO und auch mit Donald Trump geteilt hat.

Was Orban und auch Präsident Vucic in Serbien für eine Friedensinitiative halten, wird von den EU-Oberen wie Hochverrat verurteilt und mit Demonstrationen von Abscheu ([Nicht-Teilnahme am Gipfel in Budapest](#)) quittiert.

Dass damit die rollierende Ratspräsidentschaft, die einst als Symbol für die Gleichberechtigung der Mitgliedsstaaten eingeführt wurde, zumindest für jene Mitgliedsstaaten, die nicht Frankreich, Italien und Deutschland heißen, vollständig entwertet wurde und letztlich kaum noch mehr bedeutet als ein Faschingsorden, den man sich an die Brust heften kann, scheint den wahren Anführern der EU inzwischen egal zu sein. Ganz nach dem Motto: Ist der Ruf erst ruiniert, lebts sich völlig ungeniert.

[Mein Tageskommentar vom 16. Juli 24](#)

[Politico, von pravda.de zitiert am 9. Juli 24](#)

EU-High-Tech-Initiative

Sicherlich ist es schon ein bisschen verwegen, den Versuch der EU, ausländische Konzerne zur Errichtung von Halbleiter- und Batteriefertigungswerken zu bewegen, als High-Tech-Initiative zu bezeichnen, doch wenn es gelänge, sollte man da nicht allzu pingelig sein.

Es sieht gerade aber nicht so sehr nach Gelingen aus.

Wolfspeed hat den Start der milliardenschweren Investition in eine Chipfabrik im Saarland verschoben und tut es damit Intel gleich, wo die Chipfabrik in Magdeburg weiter in die Zukunft, und damit in die Ungewissheit gerückt wurde.

Auch bei den Plänen für Batteriefabriken sieht es nicht mehr so rosig aus, wie einst an die Wand gemalt.

[German Foreign Policy berichtet.](#)

Niger

Niger ist ein afrikanischer Staat, jedoch mit einer lange nachwirkenden Kolonialgeschichte, die nun zu einem neuen emanzipatorischen Anlauf gegenüber Frankreich – und damit der EU und dem Westen insgesamt – geführt hat.

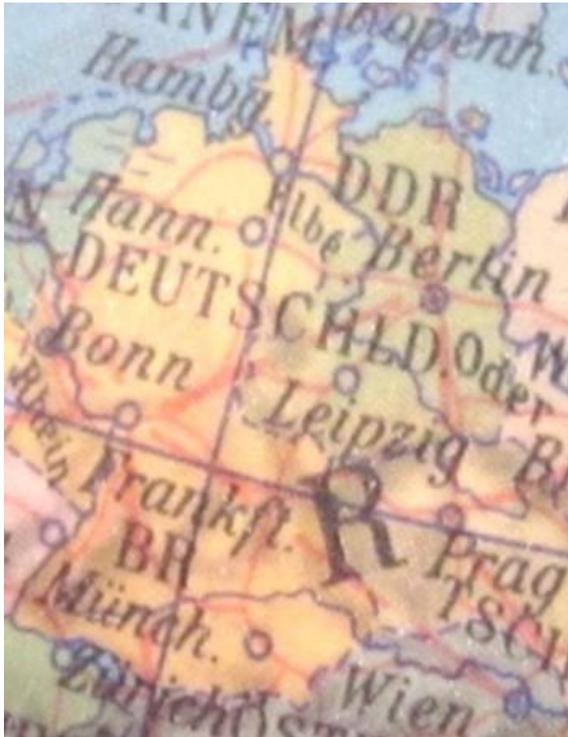
Was ist da im Juni passiert?

Nun, Niger hat der Atom- und Kernkraftwerksmacht Frankreich den [Zugang zu superbilligem Uran entzogen](#), nachdem schon im letzten Jahr die französischen Truppen von Niger nach Hause geschickt worden waren.

Bisher hatte der französische Konzern „Orano“ über seine Tochter „Imouraren SA“ die Abbaurechte für die nigrischen Uranlagerstätten gehalten und konnte so der französischen Industrie das Ausgangsmaterial für Bomben und Kernbrennstäbe weit unter Weltmarktpreisen zu Verfügung stellen.

Damit hat Frankreich nun ein Problem, das seine Energieversorgung zumindest verteuern dürfte, sollte es gelingen, die für die mehr als 60 französischen Kernkraftwerke benötigten Brennstäbe auf dem Weltmarkt einzukaufen.

Gerüchten zu Folge soll Russland mit Niger im Gespräch sein, um die Uranförderung zu übernehmen.



Deutschland

Folgenloses Eingeständnis

Nein, es braucht keinen Untersuchungsausschuss mehr. Robert Habeck hat – ausgerechnet im Talk bei Illner – zugegeben, *die Abschaltung der letzten deutschen Kernkraftwerke sei vorsätzlich und rein aus Parteiinteressen heraus erfolgt*. Dass dies in Bezug auf die Energiesicherheit Deutschlands eine fahrlässige und grob gefährdende Entscheidung war, kann wohl niemand ernsthaft in Zweifel ziehen.

Bei Tichys Einblick gibt es den [Wortlaut](#) und eine Bewertung der Reaktion, bzw. der Nichtreaktion von Friedrich Merz, der auch zur Talkrunde gehörte.

Das ist, nach Habecks vorherigem Eingeständnis, mit dem Heizungsgesetz habe er ja nur austesten wollen, was die Deutschen alles mit sich machen lassen, der zweite zwingende Anlass, den unverzüglichen Rücktritt dieses Ministers zu fordern, dessen Amtsführung als Vabanque-Spiel – auf Kosten Deutschlands und der Deutschen – angesehen werden kann.

Doch es kräht kein Hahn danach. Der Kanzler hat es womöglich bereits vergessen, der Finanzminister kratzt die Milliarden für Habecks Energiewende priorisiert zusammen, der Unions-Chef und eigentlich für die Regierungskontrolle und -kritik zuständige Oppositionsführer, sieht offenbar

keinen Anlass der anderen Krähe aus dem Kreis der „demokratischen“ Parteien ein Auge auszuhacken – und die AfD wird medial totgeschwiegen.

Es heißt, nach alter Merkel Sitte: „Nu isses halt mal so.“

Folgenloses Versagen

Ebenfalls bei Tichy steht zu lesen:

Man kann es nicht mehr anders ausdrücken: Rot-Grün agiert zum Nachteil der Bevölkerung. Und das im wahrsten Sinne total. Denn dieser Niedergang, die vielen Rückschritte betreffen inzwischen praktisch sämtliche Lebensbereiche: von der sukzessiven Beseitigung der wirtschaftlichen Grundlagen unseres Wohlstands durch Robert Habeck über den parallelen Rückgang bei innerer Sicherheit und Abschaffung der Meinungsfreiheit durch Nancy Faeser bis zur schrittweisen Abschaffung unserer Gesundheitsversorgung durch Karl Lauterbach.

Und was vielleicht am schlimmsten ist: Dies war in den Wahlprogrammen der Grünen und der SPD nachzulesen.

Ja, es war nachzulesen. Ich habe mit meinem Buch zum Wahlprogramm der Grünen, kaum dass es verkündet wurde, gefragt:

[„Wollt ihr das totale Grün?“](#),

und nachdem die Ampel ihren Koalitionsvertrag vorgelegt hatte, habe ich mit dem Buch

[„Links abgebogen – Was auf Deutschland zukommt“](#)

noch einmal nachgelegt. Leider war ich dabei nur die Stimme des einsamen Rufers in der Wüste.

Der Aufhänger für den hier zitierten Artikel bei Tichy war die kritische Lage in der Arzneimittelversorgung. Hier speziell die Lage bei bestimmten Antibiotika, die nicht oder nur unter Inkaufnahme schwerer Nebenwirkungen durch andere Wirkstoffe ersetzt werden können.

Erik Tenberken, Sprecher der Apotheker, eröffnet den Patienten die Dramatik der Lage: *„Wir können bei beiden Wirkstoffen schätzungsweise nur noch 50 Prozent des Bedarfs decken. Wir zehren von Vorräten und kratzen Restbestände zusammen – lange geht das nicht mehr gut.“*

Für Lauterbach haben die Probleme bei der Arzneimittelversorgung, die seit Jahren unsere Abhängigkeiten von hauptsächlich asiatischen Herstellern schmerzlich erkennen lassen, offenbar keine Priorität.

Der Autor des Tichy-Artikels spricht gar vom *Totalversagen eines inkompetenten Politikers, der seit drei Jahren Gesundheitsministers spielen darf* und in dieser langen Zeit nichts unternommen habe, um der Verschlechterung der Arzneimittelversorgung entgegenzuwirken.

[Wohltuend, zu lesen.](#)

Macher Pistorius

Deutschlands Kriegstüchtigmacher hat nicht viel Zeit verloren, um unter dieser Zielsetzung die Staatskasse zur Kriegskasse zu machen.

Es ist ja nicht nur der 100 Milliarden Wumms zur forcierten Aufrüstung, auf den er zugreift, nicht nur der angehobene Wehretat zur Erfüllung der 2-Prozent-Vorgabe der US-NATO, es geht nun um einen weiteren dreistelligen Milliardenbetrag, der gebraucht wird, um die Infrastruktur Deutschlands kriegstüchtig zu machen.

Kriegstüchtig bedeutet allerdings nicht schon „verteidigungsfähig“, oder, wie es 1962 bei der SPIEGEL-Affäre hieß „abwehrbereit“. Nein, nein. Kriegstüchtig bedeutet heute, den Truppen der NATO die Aufmarschwege für den Krieg gegen Russland bereitzustellen.

Ich zitiere knapp aus [German Foreign Policy](#) vom 27. Juni 2024:

„ ... erforderlich, um insbesondere Straßen, Schienen und Brücken für den Transport von Truppen und großen Mengen militärischen Materials in Richtung Osten vorzubereiten. Hinzu kommen – aufgrund des ausgeprägten Dual-Use-Charakters der Verkehrsinfrastruktur – milliardenschwere Investitionen, die Berlin für zivile Verkehrsprojekte zur Verfügung stellt.

Ein Beispiel bietet der Ausbau der Küstenautobahn A20, die die Bundeswehr nicht nur für Militärtransporte an die NATO-Ostflanke, sondern auch als Bindeglied zwischen militärisch wichtigen Häfen an Nord- und Ostsee benötigt.“

In meinem Aufsatz vom 18. Juli, den ich nachstehend noch einmal vollständig einfüge, habe ich das zugrundeliegende Konzept, nämlich den „Operationsplan Deutschland“ ausführlicher gewürdigt:

Demnächst: Landesverteidigung an Wolga und Don?

[18. Juli 2024](#) [Egon W. Kreuzer](#)



Es steht ein Soldat am Wolgastrand,
di didi-lum didi-lumdumdum

Es gibt einen Operationsplan Deutschland. Der BILD war es gegeben, diesen „Geheimplan“ ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen. Drumherum wird viel erzählt, geschrieben, vermutet, auch gewarnt.

Ich möchte diese Thematik ganz entspannt analytisch angehen.

Ein souveräner Staat, der gem. Art. 87a seines Grundgesetzes Streitkräfte zur Verteidigung aufgestellt hat, aber über keinen eigenen Plan verfügt, wie diese in welchen Situationen optimal zum Einsatz kommen sollen, müsste

– so er wirklich souverän ist – als „Idiotenstaat“ bezeichnet werden, der Milliarden für Verteidigung zum Fenster hinauswirft, ohne zu wissen warum und wozu.

Der „OPLAN DEU“, in dem nicht nur die Rolle der Bundeswehr im Kriegsfall beschrieben wird, sondern auch die Rolle der Zivilschutzkräfte und ziviler/privatwirtschaftlicher Unternehmen, ist also die notwendige immaterielle Ergänzung zur materiellen Rüstung und von daher eine Selbstverständlichkeit. Ebenso ist es eine Selbstverständlichkeit, dass ein solcher Operationsplan regelmäßig überprüft und überarbeitet wird, um ihn an veränderte Gegebenheiten anzupassen.

Nach meiner Einschätzung sollte ein Operationsplan für Deutschlands Landesverteidigung auf der militärischen Seite mit zwei Hauptkomponenten auskommen, nämlich

erstens, einer Abschreckungskomponente, die aus Raketen, Marschflugkörpern und Drohnen besteht, die in der Lage sind, auf dem Gebiet des potentiellen Angreifers massive Schäden anzurichten, so dass jeglicher Angriff, kaum dass er begonnen wird und unabhängig davon, mit welchen Waffen er vorgetragen wird, unmittelbar zu schwersten Verlusten des Gegners führen wird, und

zweitens, einer Abwehrkomponente, die ausreicht, um die Wirkung der feindlichen Waffensysteme um mindestens 90 Prozent zu reduzieren. Dabei sollte es sich, was Deutschland betrifft, vor allem um eine perfekt aufgebaute Luftverteidigung handeln, die flächendeckenden Schutz für die Ballungszentren und großen Städte, sowie punktuellen Schutz für wichtige Objekte der zivilen und militärischen Infrastruktur bietet.

Die Bundeswehr im heutigen Zustand hat in beiden Bereichen keine oder nur quantitativ vollkommen unzureichende Systeme zur Verfügung, für die überdies nur ausgesprochen geringe Munitionsvorräte vorgehalten werden.

Doch wenn Du glaubst, es geht nicht mehr,
kommt irgendwo ein Lichtlein her:

So haben die USA jüngst beschlossen, Deutschland bei der Abschreckungskomponente ganz massiv unter die Arme zu greifen. Nicht nur weitreichende US-Raketen und US-Marschflugkörper, sondern auch die noch in Entwicklung befindlichen US-Hyperschallraketen sollen schon bald auf deutschem Territorium stationiert werden.

Wer darüber die Befehlsgewalt ausüben wird, wurde von meinen Quellen nicht explizit berichtet.

Die andere, die Abwehr-Komponente ist für die USA verständlicherweise von geringerem Interesse. Hier wird sich Deutschland selbst bemühen müssen, seinen Schutzschirm zu errichten. Vorausgesetzt, das Geld dafür kann noch irgendwo aufgetrieben werden, denn für die Stationierung der US-Fernwaffen zur Abschreckung wird Deutschland auch zahlen müssen und voraussichtlich nicht zu wenig.

Bis dahin kann davon ausgegangen werden, dass der OPLAN DEU dem entspricht, was man von einem Staat, der nicht zu den Idiotenstaaten zählt, erwartet werden kann. Ganz unabhängig davon, ob man die Risikoabwägung, die dem Plan zugrunde liegt, teilt.

Da wissen wir übrigens zu wenig. Dem können wir nur unseren gesunden Menschenverstand entgegenstellen, doch die Zugänge zu belastbaren Informationen bleiben uns verschlossen. Inwieweit Bundesregierung, Bundestag und Bundeswehrführung darüber verfügen, bleibt eine offene Frage.

Bis dahin. Und nicht weiter.

Das Ding mit dem Namen OPLAN DEU entpuppt sich bei näherem Hinsehen allerdings nicht als ein Konzept der Landesverteidigung eines souveränen Staates, sondern als Detail eines Planes zum Schutz des Aufmarsches von NATO-Truppen in Richtung Russland.

Das ist keine von mir aus der Luft gegriffene Spekulation, das ist die zentrale von der [Bundeswehr](#) über den OPLAN DEU veröffentlichte Aussage:

„Die zentrale Einflussgröße bei der Erstellung des Operationsplans sind die Forderungen der NATO an Deutschland, die sich aus der geostrategischen Lage unseres Landes im Herzen Europas ergeben. Die wesentliche Aufgabe des TerrFüKdoBw besteht in diesem Kontext darin, den vorgesehenen Aufmarsch und die Versorgung verbündeter und eigener Streitkräfte in der Drehscheibe Deutschland sicherzustellen, um so die Voraussetzungen für eine glaubhafte Abschreckung und zur Verteidigung im Rahmen der Krisen- und Konfliktbewältigung des Bündnisses zu schaffen.“

Frank Fähnrich, Kapitän zur See, im Territorialen Führungskommando der Bundeswehr für die Operationsplanung zuständig, betont an anderer Stelle

auf der [Website](#) der Bundeswehr, dass Deutschland innerhalb der NATO kein Frontstaat sei. Deshalb gehe es zunächst einmal um die logistische Unterstützung der Verbündeten.

Alice Schwarzer, die von woke-links inzwischen ungeliebte Frauenrechtlerin, hat in ihrer Publikation „[Emma](#)“ zynisch-sarkastisch gefragt: „*Sollen wir schon mal Kaffee kochen und Winken üben für die gen Osten ziehenden US-Soldaten? Die Unseren sind derweil, sagt der General, ja schon längst an der Front gebunden.*“

Ja, das hat Generalmajor André Bodemann, Chefplaner des OPLAN DEU, tatsächlich so gesagt und so gemeint.

Die Plattform „[ntv](#)“ berichtet am 12.07.24 um 13.14 Uhr unter Berufung auf einen Artikel im SPIEGEL:

„Für den Fall einer möglichen Eskalation an der NATO-Ostflanke planen Bund und Bundeswehr die Verlegung Hunderttausender Soldaten aus Mitgliedsstaaten der Allianz durch Deutschland. Das berichtet der „Spiegel“ unter Berufung auf informierte Kreise. Bei den Plänen geht es darum, innerhalb von drei bis sechs Monaten rund 800.000 Soldaten mit rund 200.000 Fahrzeugen von Nordseehäfen in den Niederlanden, Belgien und Deutschland nach Osten verlegen zu können. Den Angaben zufolge wäre es eine Kolonne von etwa 13.000 Kilometer Länge. Die Vorbereitungen sind Teil des als geheim eingestuftes Operationsplans Deutschland, den die Bundeswehr erarbeitet hat, um Deutschland kriegstüchtig zu machen.“

Was kann aber gemeint sein, mit: „... eine mögliche Eskalation an der NATO-Ostflanke“?

Vorsicht! Niemand spricht in der Ausarbeitung von OPLAN DEU explizit davon, Russland werde das Baltikum, Polen, Tschechien, die Slowakei und Österreich überfallen, wie das von manchen Zivilisten in politischen Funktionen gerne an die Wand gemalt wird.

Die Eskalation könnte auch aus der anderen Richtung vorgetragen werden. Ein mir wahrscheinlich erscheinendes Szenario sieht so aus, dass die Notwendigkeit, mit NATO-Truppen in der Ukraine offen aktiv zu werden, um den Verlust der schon sicher an NATO und EU gebunden geglaubten Ukraine für den Wertewesten noch zu verhindern, von Russland auch mit Angriffen auf Ziele in deren Herkunftsländern vergolten werden würde, womit Papst Franziskus sich genötigt sehen könnte, auf seinen Balkon zu treten

und der Stadt und dem Weltkreis feierlich zu eröffnen: „I declare the Third World War open.“

Haben Sie sich für einen Augenblick überlegt, wie lang 13.000 Kilometer wohl sein mögen? Von wo bis wo sich eine Militärkolonne erstrecken müsste, um 13.000 Kilometer lang zu sein? Sie könnten im nördlichen Kanada bei Fort Resolution am Great Slave Lake starten und einfach immerzu nach Süden wandern, bis auf die Feuerland-Inseln. Das sind rund 13.000 Kilometer.

Die müssen nach den aktuellen Planspielen durch Deutschland durch. Die müssen aber nicht nur gepflegt, untergebracht und betankt werden, es sind diese 200.000 Fahrzeuge und 800.000 Soldaten, denen die deutschen Verteidigungsanstrengungen vorrangig gelten müssen, wenn die NATO beschließen sollte, mit Bodentruppen in Russland einzurücken, um sich dort zu verteidigen.

Eine der Hauptverkehrsadern für den Truppentransport durch Deutschland soll die A2 sein, wird im Blätterwald gemunkelt.

Ich habe da so meine Zweifel. Für ein Manöver in Litauen, da könnte man über die A2 anrücken. Im Krieg gehört es zu den vordringlichen Zielen, die Nachschublinien des Gegners zu unterbrechen. Dass Russland im Krieg mit der Ukraine die Nachschublinien erst da unterbrechen kann, wo sie auf ukrainischem Gebiet verlaufen, um der NATO keinen Kriegsgrund zu bieten, sagt nicht, dass bei Ausbruch des Krieges mit der NATO die Autobahnbrücken in Deutschland einfach stehenbleiben. Zumal einige davon ja sowieso nur noch aus Gewohnheit stehen ...

Genau wegen dieser maroden Brücken, wurde der Ausbruch des Krieges in den Planungen jedoch auf [2029](#) verschoben. Schneller ist das deutsche Schienen- und Straßennetz nicht kriegstüchtig zu bekommen.

Da muss selbst die NATO warten, die ja aber sowieso noch auf die Hyperschallwaffen der USA warten muss, wobei heute völlig offen ist, wer 2029 als POTUS im Weißen Haus sitzt und wie dessen Pläne aussehen werden.

Insofern sprechen wir hier über die mittelfristigen Ziele und Absichten der Biden Administration, nicht über das, wo US-Truppen in fünf Jahren weltweit im Einsatz sein werden.

Und überhaupt ...

Die ganze OPLAN-DEU-NATO-AUFMARSCH-Hysterie kommt doch daher, dass Putin die EU überfallen will. Da muss man sich doch fragen, ob die Russen, wenn sie denn schon kommen wollen sollten, auch damit warten werden, bis Deutschland kriegstüchtig ist. Scheinbar geht man im OPLAN DEU davon aus.

Es ist – ich glaubte schon, diese Quelle sei endgültig versiegt – nur eine schaurig-schöne Geschichte aus den Tiefen des Sommerlochs. Statt Nessimie ist es der Russe. Ja, er ist schon da, aber er zeigt sich nicht. Der Russe kommt einfach nicht. Er kommt nicht 2024, er kommt nicht 2025 oder 2026, er kommt auch nicht 2029, schlicht deshalb, weil er nichts gewinnen kann, auch wenn er gewinnen würde.

Doch die Warnung vor Putin, der in den Kerkern des Kreml seine Pläne schmiedet, dient natürlich bestimmten Zwecken. Die Forderung, Deutschland müsse im Eiltempo kriegstüchtig gemacht werden, lässt zwei Aspekte erahnen. Einmal geht es um viel Geld, das nun schneller als vorgesehen (oder überhaupt beabsichtigt war) in die Instandsetzung und den Ausbau der kriegstüchtigen der Infrastruktur gesteckt wird. Selbstverständlich mit uneingeschränkter Zustimmung jener Grünen, die Autobahnen für deutsche Lkws und Pkws zwar am liebsten sperren, abreißen und renaturieren würden, aber durchaus einsehen, dass Kriegstruppen Autobahnen brauchen.

So ergibt sich ein weiterer Grund, nochmals die Schuldenbremse unter Feuer zu nehmen, was ja das Wirtschaften auch sonst erheblich erleichtern wird. Es gilt: Wenn die NATO sagt, bis 2029 muss alles fertig sein, wenn wir nicht überrannt werden wollen, dann darf das am Geld nicht scheitern.

Der andere Aspekt ist die psychologische Wirkung. Angesichts der drohenden Gefahr aus dem Osten muss die „Volksgemeinschaft“ näher zusammenrücken und offen gegen subversive Elemente vorgehen. Es kommt sozusagen die Ausweitung des Kampfes gegen rechts auf alle, die nicht mit ins Kriegsgeschrei einstimmen wollen, die keine freiwilligen unbezahlten Überstunden in den Waffen- und Munitionsfabriken ableisten wollen, auf alle, die sich nicht freiwillig zu Reserve-Übungen anmelden und ihren Jahresurlaub auf Bundeswehr-Übungsplätzen verbringen, und auf alle, die immer noch dazu auffordern, sich auch einmal in die Lage der russischen Führung zu versetzen.

Es wird im zulässigen Meinungskorridor noch enger werden als an einem regnerischen Werktag zur Stoßzeit im überfüllten Bus der städtischen Verkehrsgesellschaft. Viel enger!

Und wenn es dann losgeht, gen Osten, ob nun 2029 oder – ätsch Putin! – doch schon 2028, weil die Kriegstüchtigkeit doch hergestellt werden konnte und die Gelegenheit günstig erscheint, wird niemand mehr gegen den Krieg auf die Straße gehen, und wer es dennoch versuchen sollte, wird zuverlässig daran gehindert werden.

Das Wolgalied stammt übrigens aus der Operette Zarewitsch von Franz Lehár. Beim Soldaten am Wolgastrand, der Wache hält für sein Vaterland, handelt es sich um einen russischen Soldaten.

Wenn es also demnächst heißen sollte, Deutschland werde – wie einst am Hindukusch – nun an der Wolga und am Don verteidigt, dann steht zu vermuten, dass es sich dabei um einen Irrtum handelt.

Wenn an Wolga und Don etwas verteidigt wird, dann ist das Russland.

OPLAN DEU auf den Punkt gebracht:

- Ein Operationsplan zur Landesverteidigung für Streitkräfte und Zivilverteidigung zu haben, ist gut und nützlich.
- Der geheime OPLAN DEU ist offenbar weniger ein Plan zur Landesverteidigung als vielmehr ein Plan für einen gigantischen Truppenaufmarsch gegen Russland.
- Die Herstellung der Kriegstüchtigkeit ist ein weiteres auf Panik aufgebautes Milliardengeschäft in Verbindung mit dem Versuch, die vollständige Kontrolle über alle nicht in Haft sitzenden Bürger zu gewinnen und auszuüben.
- Der Russe kommt nicht, es sei denn, die US-NATO fordert ihn explizit zum Tanz auf.

Karl Kraus, Österreich, 1874 – 1936, meinte:

Kriegsmüde – das ist das dümmste von allen Worten, die die Zeit hat.

Kriegsmüde sein, das heißt müde sein des Mordes, müde des Raubes, müde der Lüge, müde der Dummheit, müde des Hungers, müde der Krankheit, müde des Schmutzes, müde des Chaos.

**War man je zu all dem frisch und munter? ...
Kriegsmüde hat man immer zu sein!**

Das heißt nicht nachdem, sondern ehe man den Krieg begonnen hat.

□

Kein bisschen kriegsmüde

Jene, die den Klang der Ansage: „Feindliche Bomberverbände haben die Landesgrenzen überschritten und nähern sich dem Großraum Hamburg ...“ noch in Erinnerung hatten, sind größtenteils bereits verstorben.

Auch die Erinnerung an die Schrecken und die Zerstörungen der Bombennächte sind nur noch in wenigen Lebenden in Erinnerung.

Ich habe beim Recherchieren für diese Lage einen Video-Beitrag des MDR gefunden, betitelt mit „[Unsere Städte – die Bombennächte](#)“. 50 Minuten, die eindringlich nahebringen, dass Krieg und Wiederaufbau kein Sonntagsspaziergang für Mächtigen-Helden sind.

Umso betroffener bin ich von der Aussage unserer feministischen Außenministerin, die doch tatsächlich glaubt:

„Wir“ müssten „uns und unsere baltischen Partner schützen, auch durch verstärkte Abschreckung und zusätzliche Abstandswaffen. Alles andere wäre nicht nur verantwortungslos, sondern auch naiv gegenüber einem eiskalt kalkulierenden Kreml.“

Schützenhilfe liefert Frank Sauer, Privatdozent an der Münchner Universität der Bundeswehr, der äußerte:

Das Bündnis Sahra Wagenknecht und die AfD schürten falsche Ängste: Beide seien nur „Desinformationsschleudern“ und wollten „den Menschen jetzt aus innenpolitischen Motiven unnötig Angst vor dem Atomtod einreden“.

Es ist schon so. Achtzig Jahre nachdem die Erschöpfung der Kriegsjahre die Kriegsmüdigkeit hervorgebracht hatte, sind viele Deutsche offenbar wieder ausgeschlafen, die Kriegsmüdigkeit ist verfliegen, Kriegstüchtigkeit wird wieder hergestellt – und – irgendwann wird das, was da neu aufgebaut worden ist, wohl auch genutzt werden sollen.

Es ist noch nicht so lange her, dass ich die Überzeugung, dass ich in Deutschland keinen Krieg mehr erleben muss, verloren habe. Es ist noch nicht ausgemachte Sache, aber die Möglichkeit besteht durchaus.

Kanzlerdämmerung?

Schon 2021 war Olaf Scholz nur der Verlegenheitskandidat der SPD, den man zwar in den Wahlkampf schickte, ihm den Parteivorsitz aber verweigerte.

Die jüngste Forsa-Umfrage bringt ans Licht, dass sich an der Haltung der Partei zu ihrem Kanzler offenbar nichts geändert hat. Nur ein Drittel der SPD-Mitglieder würde Olaf Scholz wieder als Kanzlerkandidaten aufstellen wollen. Gleich viele würden sich Boris Pistorius als Kandidaten wünschen.

Nach dem aktuellen Stand der von den Demoskopern abgefragten Wählergunst wäre eine Auseinandersetzung mit diesen Personalien ebenso belanglos, wie die Benennung eines Kanzlerkandidaten durch die Grünen, wäre da nicht zugleich die Gelegenheit, einen Blick in die Herzkammer der SPD zu werfen.

Man kürt da einen Kanzlerkandidaten nicht aus der Überzeugung heraus, er würde die inzwischen weit nach links-grün-woke-außen abgerutschte Parteilinie als Kanzler hundertprozentig vertreten und durchsetzen – dann müsste man nämlich Saskia Esken auf den Schild heben, hilfsweise vielleicht Kevin Kühnert. Man kürt einen Kanzlerkandidaten im Hinblick darauf, in welchem Maße er geeignet erscheint, Wählern ein „freundliches Gesicht“ vorzustellen und ihre Stimmen auf die SPD zu ziehen, anstatt Wähler abzuschrecken. Dass der Parteivorstand den Kanzler, samt seiner Richtlinienkompetenz gegebenenfalls hart an die Kandare nehmen könne, wird dabei ohne den geringsten Zweifel vorausgesetzt.

Das zeigt sich auch daran, dass 79 Prozent der Genossen mit der Arbeit von Lars Klingbeil zufrieden sind, 65 Prozent haben am Wirken von Kühnert nichts auszusetzen, aber nur 55 Prozent sind überzeugt, dass Olaf Scholz zu ihrer Zufriedenheit kanzelt – 45 Prozent teilen diese Meinung nicht.

Scholz will noch einmal ins Rennen gehen, hört man. Sollte er tatsächlich noch einmal kandidieren (dürfen), wäre das dem Wähler gegenüber die ehrlichste Entscheidung.

Scholz wäre der Garant für ein „Weiter-So“ im SPD-Waterloo.

Wer weiß, wie viele Wähler sich das wünschen ...

Die Verbieterin

So eine, wie Nancy Faeser, hat Deutschland gerade noch gefehlt.

Harbarth, der im Zweifelsfall die Flanken deckt, und Haldenwang im Sturmangriff machen es ihr leicht, das durchzusetzen, was sie und ihre Sympathisanten als „unsere“, also ihre, Demokratie verstehen.

Auch hierzu füge ich hier einen Artikel ein, der bereits als Tageskommentar erschienen ist, aber in dieser Dokumentation nicht fehlen darf. Immerhin wird „EWK – Zur Lage“ von vielen Beziehern, Ausgabe für Ausgabe archiviert.

Was hat Frau Faeser da eigentlich verboten? Compact – oder dezidierte Regierungskritik?

[17. Juli 2024 Egon W. Kreutzer](#)



Für jeden Einsatzzweck die geeignete Größe

Am 22. Juni hat die Tagesschau berichtet, die AfD habe inzwischen 48.000 Parteimitglieder, ein Anstieg auf 50.000 werde erwartet.

Gestern piffen – dazu passend – die Spatzen von allen Dächern: Elsässers Compact habe angeblich eine Auflage von 40.000 Exemplaren, was jedoch stark bezweifelt werden müsse.

Es liegt nahe, anzunehmen, dass es kaum ein Print-Exemplar von Compact jemals geschafft haben dürfte, außerhalb der (getrennten) Echokammern von AfD und Verfassungsschutz noch Leser zu finden, und was die Klickzahlen bei den Compact-Videos betrifft, so hat so manche siebzehnjährige Beauty-Influencerin dafür nur ein mitleidiges Lächeln übrig.

Betrachtet man die Relationen in der Reichweite, dann liegt jeder Regionalsender der ARD gegenüber Compact uneinholbar vorne, und nimmt man die gesamte ARD und das ZDF und den gesamten gedruckten Haltungsjournalismus zusammen, dann verschwindet Compact in der Masse so, wie die Reichsbürger um Prinz Reuß in den Massen der gratismutigen Pro-Demokratie-Demonstranten untergehen, die landauf, landab ihre stets friedlichen Feste feiern.

Es handelt sich in beiden Fällen um kaum mehr als um eine trockene Erbse unter zwanzig Matratzen und zwanzig Eiderdaunendecken. Man muss schon eine verzärtelte, hypersensible und absolut nicht alltagstaugliche Märchenprinzessin sein, wie sie Hans Christian Anderson archetypisch im Märchen festgehalten hat, um wegen dieser einen, kleinen Erbse, die unter einem Gebirge wonnig weicher Decken und Matratzen verborgen ist, derart unruhige, schlaflose Nächte zu verbringen, dass diese Erbse unbedingt gesucht, gefunden und entfernt werden muss.

Was mich ernstlich interessieren würde, ist die Frage, ob es im Zuständigkeitsbereich der Innenministerin (außer dem für Compact zuständigen Referenten, der dafür bezahlt wird, beim Lesen Schmerzen zu empfinden) jemanden gibt, der jemals ein Heft der Printausgabe, nahe am Erscheinungszeitpunkt wenigstens zur Hälfte durchgelesen hat.

Können Sie sich vorstellen, dass es in Faesers Reich unter den Beamten und Angestellten auch nur eine Person geben könnte, die eine solche Unterstellung nicht mit Abscheu und Ekel weit von sich weisen würde? Ich nicht. Das wäre doch das Karriere-Ende, die unehrenhafte Entlassung aus dem Dienst, verbunden mit lebenslanger Beobachtung durch den Verfassungsschutz.

Gleiches halte ich unter den Haltungsjournalisten der Qualitätsmedien, vielleicht in minimal abgemilderter Form ebenfalls für zutreffend. Nur mit dem eindeutigen Recherche-Auftrag: „Flöhen Sie doch mal die Hefte der letzten drei Jahre durch. Suchen Sie nach Aussagen, die sich gegen Elsässer und sein Team verwenden lassen!“, dürfte sich die Compact-Lektüre begründen und rechtfertigen lassen.

Wenn die „Studie“ dann veröffentlicht ist, schreiben alle anderen nur noch davon ab, froh darüber, nicht selbst im „braunen Sumpf“ gewühlt haben zu müssen.

Ich habe durchaus einige Compact-Hefte durchgeblättert, einige Artikel auch durchgelesen, weil mir, als Reaktion auf meine Beiträge, neben tausend Links auf Webseiten und Videos auch immer wieder Bücher, Zeitschriften und Dossiers – aus allen Ecken der Meinungsvielfalt – ins Haus geliefert werden, tatsächlich vor ein paar Tagen auch die aktuelle Compact-Ausgabe.

Der Eindruck, den ich davon behalten habe, sieht so aus, dass man sich bei Compact einer lebhaften, teils gepfefferten und durchaus agitativen Sprache bedient, an der Martin Luther, könnte er sie noch lesen, sicherlich seine helle Freude haben würde. Erst weit hinter der Sprache tauchen dann die Themen auf, deren auf juristische Unangreifbarkeit ausgerichtete, sachliche und teils umständliche Behandlung bei mir dann ebenso Langeweile aufkommen lässt, wie vor mehr als fünfzig Jahren bei der Lektüre der Aufsätze von Ulrike Meinhof in der „konkret“.

Zweifellos, Compact ist eine nationalkonservative Publikation, die ein überwiegend nationalkonservatives Publikum mit Meinungen und Deutungen zu – im Allgemeinen öffentlich zugänglichen Informationen – versorgt. Ob Compact jedoch „Rezipienten“ erreicht, die „durch die Publikationen, die auch offensiv den Sturz der politischen Ordnung propagieren, aufgewiegelt und zu Handlungen gegen die verfassungsmäßige Ordnung animiert werden“, wie es Frau Faeser befürchtet, halte ich aus zwei Gründen für fragwürdig:

1. Ich konnte nicht erkennen, dass Compact-Artikel den Sturz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung (FDGO, Grundgesetz) propagieren. Was Frau Faeser unter dem Sturz der „politischen Ordnung“ versteht, den sie fürchtet, weiß ich nicht, bin aber sicher, sie hätte diese Formulierung nicht gewählt, ginge es um die FDGO. Es ging Compact nach meinem Eindruck immer nur darum, Kritik an der Politik der amtierenden Regierung vorzutragen und deren Ablösung zu fordern. Dies durchaus in scharfem Ton, aber das richtete sich nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung, innerhalb derer glücklicherweise auch jene Ziele und Absichten verwirklicht werden könnten, die von der Opposition verfolgt werden.
2. Der Kampf gegen rechts, der die politische Debatte in Deutschland lähmt, erscheint mir mehr und mehr wie ein Schattenboxen gegen tief verinnerlichte Feindbilder, deren Entsprechungen in der Wirklichkeit weder quantitativ noch qualitativ in einem Maße vorzufinden

sind, das die massiven Anstrengungen, sie zu bekämpfen, rechtfertigen könnte. Es wirkt auf mich so, als wolle „links“ sich mit dieser Panik schürenden Mobilisierung gegen rechts lediglich selbst Absolution für das eigene Denken und Trachten erteilen.

Ich habe mir die Frage gestellt, welche Absichten damit verbunden gewesen sein mögen, mit großem medialen Tamtam gegen Compact vorzugehen. Dabei bin ich zu dem Schluss gekommen, es sei am wahrscheinlichsten, dass es sich um eine gezielte Provokation gegen die AfD handelt. Nicht gegen Weidel und Chrupalla, die sind zu besonnen, um sich durch eine solche Provokation zu unbedachten Worten oder Handlungen hinreißen zu lassen. Nein. Gegen die einfachen Mitglieder, Sympathisanten und Wähler, die damit aufgestachelt werden sollen, von der Parteiführung eine maximale Reaktion zu fordern, die jedoch so nicht kommen wird, was im Endeffekt zur Enttäuschung unter den AfD-Wählern und damit zu Stimmenverlusten bei den Wahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg führen soll.

Sofern ich mit dieser Einschätzung richtig liegen sollte, dürfte es Elsässers Anwälten auch nicht gelingen, das Verbot, das gegen Compact verhängt wurde, zeitnah wieder zu Fall zu bringen. Es wird wohl der lange Weg bis zum Bundesverwaltungs- oder Bundesverfassungsgericht erforderlich werden, um irgendwann, lange nach den Bundestagswahlen im nächsten Jahr, zu einem endgültigen Urteil zu gelangen.

Frau Faeser und Herr Haldenwang brauchen ein solches Urteil, sollte es entgegen ihrer Erwartungen pro Pressefreiheit ergehen, nicht zu fürchten. Das einzige, was sie zu tun brauchen, ist, in trutzig-demütiger Haltung zu erklären, sie würden das Urteil selbstverständlich akzeptieren – Punkt, fertig, aus und Schwamm drüber.

Doch vor Gericht und auf hoher See ... stehst du alleine den Gewalten gegenüber, die, wiewohl geteilt, doch hin und wieder auch vereint zu schlagen vermögen.

Zum Schluss einige (sinnwährend gekürzte) Zitate aus der vorläufig letzten Compact-Ausgabe. Zu Wort kommt der Staatsrechtler [Rupert Scholz, CDU](#), der 1988/89 als Bundesminister der Verteidigung amtierte, interviewt vom ehemaligen ARD-Reporter Armin-Paul Hampel.

Rupert Scholz sagt zur zunehmenden Gewalt im öffentlichen Raum:

Der Rechtsstaat ist als solcher institutionell gesehen nicht in Gefahr, denn die Institutionen funktionieren. Aber die Effektivität fehlt.

Zur Akzeptanz des Rechtsstaates:

Ein massiver Vertrauensverlust. Der betrifft natürlich heute vor allem die sehr vielfältig und abenteuerlich vor sich hin vegetierende Ampelregierung, aber er betrifft auch die anderen Parteien.

Zur Amtsführung des Verfassungsschutzpräsidenten:

Ich würde nicht sagen, dass er sich zum Erfüllungsgehilfen (der regierenden Parteien) macht, aber er ist ihnen nützlich, das muss man ganz klar sagen.

Zur Grenzöffnung 2015:

... was die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel entschieden hat, und auch ihre Behauptung, dass man 3.000 Kilometer Grenze gar nicht kontrollieren könne, waren Unfug. Was sie damals entschieden hat, war rechtswidrig. Es verstößt gegen das Asylrecht und gegen das Europarecht. Das Abkommen von Dublin ist buchstäblich liquidiert worden, zum Nachteil unserer deutschen Gesellschaft und inzwischen unserer deutschen Finanzen.

Zum Recht auf eine nationale Identität:

Die nationale Identität ist genauer genommen verfassungspolitisch Voraussetzung für eine demokratische Verfassung. Ohne nationale Identitäten entstehen keine Nationalstaaten. Der Nationalstaat ist nach wie vor das völkerrechtlich absolut dominierende und unverzichtbare Grundmodell für Staatsbildung, Staatswerdung und Staatssein.

Zu Döp dö dö döp:

Ob „Deutschland den Deutschen“ strafbar ist? Das ist meiner Meinung nach nicht der Fall. Die Meinungsfreiheit ist weit und muss in ihrer Weite bewahrt werden, sonst gerät sie selbst in Gefahr, und das wäre das eigentliche Problem.

Soweit Zitate aus Compact 7/2024

Natürlich kann man zu allen diesen Auffassungen auch anderer Meinung sein, und es gibt, auch in Bezug auf die Meinungsfreiheit ganz andere Meinungen. Diese, zum Beispiel:

In seiner Kolumne schlägt der MDR-Mitarbeiter René Martens vor, das Wort „Meinungsfreiheit“ zum „[Unwort des Jahres](#)“ zu wählen, weil es sich

um einen „rechtspopulistischen Kampfbegriff“ handle.

Ist sicherlich von der Meinungsfreiheit gedeckt. Aber es ist keine unumstößliche Wahrheit. Weshalb diejenigen, die Meinungsfreiheit für die Grundvoraussetzung der Demokratie halten, Herrn Martens laut widersprechen sollten. Ich halte seine Aussage und ihre Begründung für glatt verfassungsfeindlich.

Herzliche Grüße aus der Hallertau

Egon W. Kreutzer